

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 13.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelgenuss: Die 6-gelbte Jahrs 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die 3-gelbte Heftausgabe 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2943. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 89

Montag, den 18. April 1921

12. Jahrgang

Frankreichs neuer Krieg.

Frankreichs phantastische Pläne für die Erdrosselung Deutschlands.

Paris, 16. April. Nach der gestrigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten erklärte Briand: Meine Zusammenkunft mit dem Auschuß hat dazu geführt, unsere auswärtige Lage zu entwickeln. Ich habe so klar wie möglich Auskunft gegeben, aber nur in dem Maße, wie meine Rolle als Unterhändler das gestattet. Auf die Frage, was er mit den Ausdrücken „Die Hand an den Kragen legen“ oder „Einen Gendarm zu entsenden, der den Gerichtsvollzieher begleitet“, gemeint habe, antwortete Briand nach dem „Matin“: Er habe die Stärke seiner Ausdrücke nicht herabzumindern. Er habe zu verstehen geben wollen, daß es sein fester Wille sei, neue Zwangsmaßnahmen anzunehmen, falls Deutschland dabei verharren sollte, sich der Ausübung seiner Verpflichtungen zu entziehen. (!) Der Ministerpräsident habe hinzugefügt: Die deutsche Regierung wird vielleicht neue Vorschläge machen. Indem ich meine volle und ganze Freiheit als Unterhändler bewahre, und im Einverständnis mit unseren Alliierten erkläre ich, daß ich mich nicht mit illusorischen Versprechungen begnüge, und daß ich mich nicht in dilatorische Verhandlungen einlassen werde. Frankreich ist entschlossen, positiv garantierte und mit Sicherheit versicherte Lösungen zu erzielen. Ich bin über diesen Gegenstand mit den Alliierten in Unterhandlungen eingetreten und habe die feste Hoffnung, mich mit allen Alliierten im Einverständnis zu befinden. Auf die drei Beratungen des gestrigen Tages zurückkommend, erklärte Briand: Falls die deutsche Regierung sich weiter ihren Verpflichtungen entziehen würde, seien alle erforderlichen Maßnahmen ins Auge gefaßt worden. Lloyd George habe im Unterhause nicht anders sprechen können, denn ein Abkommen über die Zwangsmaßnahmen hätte noch nicht getroffen werden können, da ja Frankreich selbst noch nichts bestimmt habe. Briand erklärte weiter, daß er keine Vermittlung annehme, er wolle von den offiziellen Vertretern Deutschlands direkte Vorschläge hören, aber er werde nicht verhandeln und lasse nicht einmal den Grundfah einer Verhandlung zu, wenn diese Vorschläge nicht durch Pfänder und Garantien belegt würden. — Ueber Oberschlesien kündigte Ministerpräsident Briand an, daß die Grenzfestsetzung, die nur den polnischen Freunden günstig sein könne, weil sie dem Friedensvertrag von Versailles entspreche (!), demnächst stattfinden werde.

Berlin, 17. April. Nach dem „Welt Parisien“ soll bei Schluß der Konferenz im Einse eine gemischte Kommission die Vorschläge ausarbeiten, die nach dem 1. Mai den Alliierten unterbreitet werden sollen, wenn Deutschland seine Verpflichtungen bis dahin nicht erfüllt. Sie wird am Montag eine Sitzung abhalten, an der u. a. Marshall Foch und Doucheur teilnehmen werden. Das Blatt sagt weiter: Da die Konferenz der Alliierten nicht vor den ersten Mittagen stattfinden könne, würden die französischen Sachverständigen ungefähr 14 Tage für ihre Arbeit Zeit haben. Die Hauptfrage sei, wie man sich bezahlt machen könne. Eine Kohlensteuer von 50 Prozent des Wertes ergebe keinen höheren Betrag als 700 Mill. Goldmark. Der Wert der Staatsgruben übersteige nicht 500 Mill. Goldmark. Die Erträge im Ruhrgebiet könnten höchstens einen kleinen Betrag für die Reparation übrig lassen. Die Besetzung des Ruhrgebietes oder jedes anderen industriellen Bezirkes kann also viel eher als ein Druck auf Deutschland angesehen werden. „Matin“ sagt, es wäre unflug, anzunehmen, daß, wenn man einmal das Ruhrgebiet von Deutschland getrennt habe, Deutschland sofort kapitulieren würde. Das Ruhrgebiet müsse nicht nur ein Rechts-, sondern auch ein Zahlungsmittel sein. Man müsse eine längere Besetzung ins Auge fassen und seine Mittel unversucht lassen, um die normale Produktion aufrecht zu erhalten. Zuerst müssen die zwei Millionen Tonnen Kohle für die Entente monatlich sichergestellt werden. Es sei viel vernünftiger, Deutschland die übrigen schließlichen Kohlen teuer zu verkaufen, als sie ihm zu entnehmen, weil die Operationen im Ruhrgebiet mehr einbringen, als Geld kosten sollen. Eine Besteuerung von 50 Prozent pro Tonne würde allein von den Kohlen 250 Millionen Franc im Monat einbringen; dazu käme noch der Verkaufswert, den die Neutralen für die Kohle bezahlen. Die Arbeitslöhne würden von Kontributionen, die man den Städten auferlege, bezahlt werden. Nach einem Plan von Doucheur sollen die Fabriken im Ruhrgebiet, namentlich die metallurgischen, zum Nutzen der befreiten Gebiete ausgebeutet werden.

Paris, 18. April. Bertinot spricht heute im „Echo de Paris“ die Erwartung aus, daß der Oberste Rat in den ersten

Mittagen in Paris zusammentreten werde. Er werde sich nicht nur mit dem Reparationsproblem zu befassen haben, sondern auch mit der obersteilischen Frage. Die Vorschläge der interalliierten Kommission würden jedenfalls Ende April nach Paris gelangen. Der Oberste Rat werde sich also über die zukünftige deutsch-polnische Grenzlinie auszusprechen haben. Einige der Alliierten seien immer geneigt gewesen, das deutsche Völkchen, das diese Frage mit der Reparationsfrage verbindet, anzunehmen. Die französische These müsse man mit aller Strenge durchgehen. Wenn sie Schicksal erleide, dann würde nicht nur die Bedeutung der Besetzung des Ruhrgebietes geschwächt, sondern auch das neue europäische System, das so mühenoll aufgebaut wäre, bedroht. Der griechisch-türkische Konflikt würde ebenfalls zusammen mit der Antwort, die die alliierten Mächte Amerikas über die Mandatfrage zu geben haben, den Obersten Rat beschäftigen müssen. Auch könne die Frage der baldigen Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten nicht außer Acht gelassen werden.

Paris, 18. April. Nach einer Meldung der „Information“ aus Lille sind gestern dort Einberufungsorders für die Jahressklassen 1918 und 1919 des 1. Armeekorps eingetroffen. Man glaubt, es handele sich um eine Uebung. Wir unterstellen, daß die Einberufungen mit der angedrohten Besetzung des Ruhrgebietes zusammenhängen. (D. Red.)

Verhaftung des Banditenführers Hötz.

Berlin, 16. April. Mag Hötz aus dem Vogtlande, der geistige Urheber der diesjährigen Märzunruhen, Führer der roten Armee in Mitteldeutschland, der auch unter dem dringenden Verdachte steht, die Berliner Attentate veranlaßt zu haben, ist in der vergangenen Nacht im Westen Berlins verhaftet worden.

Die schneidende französische Unterstützung Polens in der obersteilischen Frage.

Paris, 17. April. Das „Journal des Debats“ erklärt in einem Leitartikel über die obersteilische Frage, wenn durch eine Verirrung der Oberste Rat Deutschland den Bergwerksbezirk von Oberschlesien ausprechen werde, sei es sicher, daß die Bergarbeiter mit Gewalt Widerstand leisten würden. Sie würden von Polen unterstützt werden. Das wäre dann der Krieg in Mitteleuropa. Der Oberste Rat habe also dann zugleich eine Ungerechtigkeit begangen und das Chaos geschaffen. Eine derartige Verantwortlichkeit könne er nicht auf sich nehmen.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien.

Berlin, 16. April. Die interalliierte Kommission in Oppeln teilt mit: Da in der Lage, die seinerzeit die Verhängung des Belagerungszustandes über einen Teil des Abstimmungsgebietes zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit notwendig machte, eine günstige Veränderung eingetreten ist, hat die interalliierte Kommission beschlossen, vom 18. April, mittags 12 Uhr, ab die Verordnung aufzuheben, durch welche der Belagerungszustand über die Kreise Rattow-Stadt, Rattow-Land, Beuthen-Stadt, Beuthen-Land, Königshütte, Weß und Rybnitz verhängt worden war.

Fortdauer des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 16. April. (Reuter.) Die Konferenz der Delegierten der Bergarbeiter ist für Freitag in London angesetzt worden. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses kehren in ihre Bezirke zurück. Währenddessen wird die Arbeit in den Kohlenbergwerken nicht wieder aufgenommen.

Amerikas Wiedereintritt in die Reparationskommission noch zweifelhaft.

Paris, 17. April. Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“, Wales erklärt, es sei noch nicht bestätigt, daß die Vertreter Amerikas wieder an den Beratungen des Völkchensrates und der Reparationskommission teilnehmen würden. Dasselbe Blatt verzeichnet das Gerücht, daß die nächste Konferenz des Obersten Rates gegen den 15. Mai in Ostende stattfinden werde.

Eröffnung des internationalen Transportarbeiterkongresses.

Bern, 18. April. Der internationale Transportarbeiterkongress wird heute in Genf eröffnet werden. Man erwartet 100 Teilnehmer. Die Tagung wird acht Tage dauern.

Die Unterwertung der Mark.

Von Prof. E. Lederer-Heidelberg.

Wieso kommt es, daß die Saluten der besiegten Länder schon seit langem tiefer stehen als ihrer innern Kaufkraft entsprechen würde? Will doch im Allgemeinen der Sach, daß man mit dem Geld in der Fremde nicht mehr kaufen kann als daheim. Und dieser Sach — den schon Ricardo formuliert — schließt auch seine Umkehrung in sich.

Allerdings, diese Regel wurde nie von der Wirklichkeit zur Genüge bestätigt. Sie hat ja gerade durch den Mechanismus der Metallwährung eine Veränderung erfahren. Da in einem 20-Mark-Stück ebensoviel Gramm Gold enthalten waren wie in einem Pfund Sterling, so mußte auf allen Märkten vor dem Kriege ein 20-Mark-Stück einem Pfund Sterling gleich gelten, ohne Rücksicht darauf, ob man für das 20-Mark-Stück gleich viel mehr oder weniger als für die englische Münzeinheit kaufen konnte. Die Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den Währungen mußte dann durch Steigerung oder Senkung in Importen und Exporten und — soweit solche in entsprechendem Umfang nicht gegeben waren — durch Veränderung des Zinsfußes erfolgen. In der Tat haben wir daran auch vor dem Kriege keineswegs das gleiche Preisniveau in allen Ländern der Goldwährung befestigt; es gab „billige“ und „teure“ Länder. Das heißt: die Münzen waren im Preisverhältnis zueinander, aber die Preise, in diesen Münzen ausgedrückt, waren verschieden: für eine Krone (= 85 Pf.) konnte man in Deutschland durchschschnittlich mehr kaufen als in Oesterreich; das hinderte nicht dauerndes Pari zwischen der Krone und der Mark.

Diese Währungsfragen einer viel einfacheren Vergangenheit liegen weit hinter uns. Man sollte annehmen, daß bei Papierwährungen das jeweilige Wertverhältnis der Währungsseinheiten genau der Kaufkraft der Noten im eigenen Lande entspricht, weil ja nicht die mechanische Gleichwertigkeit der Metallquantitäten den Wechselkurs bestimmt. Das ist aber keineswegs der Fall. Und warum nicht? Diese Frage, bisher kaum beachtet, mag kurz geklärt werden:

Auf der Schweizer Börse erhält man seit geraumer Zeit ungefähr 10 Franken für eine 100-Mark-Note. (Im Febr. 1920 sogar nur 5 bis 6 Franken.) Der Schweizer aber, der in Deutschland reist, zahlt z. B. für eine Fahrkarte 2. Klasse von Mannheim nach Berlin 160 Mark (= 17 Franken); diese Karte kostete vor dem Kriege circa 30 Mark oder 38 Franken. In der Schweiz fährt also der Schweizer teurer, in Deutschland jedoch billiger als vor dem Kriege. Mit dem gleichen Einkommen wie vor dem Kriege kann er also in Deutschland bedeutend besser leben als im Jahre 1913. Deutschland ist also das billigste Land der Welt geworden; für das Ausland.

Diese widerspruchsvolle Lage (nach drastischer von Oesterreich aus gesehen) hat mehrere Gründe. Zunächst die Spekulation. Denn in dem anscheinend so realistischen und nüchternen kapitalistischen System ist die Gestaltung der Marktlage und der Preise (und der Wechselkurs ist ja ein Preis) nur zu oft von der Phantasie der Menschen abhängig. Die Möglichkeit von politischen Verwicklungen und Produktionsstörungen usw. bringt viele Spekulanten dazu, einen Kurssturz der Mark anzunehmen und — durch das Rechnen mit dieser Möglichkeit — ihn auch herbeizuführen. Für Börsen und Volkswirtschaften gilt derselbe Sach wie für einzelne wirtschaftliche Unternehmungen: es ist beinahe wichtiger, was die Menschen von ihnen halten, als was sie sind.

Aber die Spekulation ist doch nur ein sekundäres Moment und reicht nicht aus, um den ganzen Zusammenhang aufzuklären. Denn sonst könnte ja auch die entgegengesetzte Situation durch Einschaltung von Spekulationskräften herbeigeführt werden. Sehen wir z. B. den Fall, durch eine übermächtige Kapitalkraft werde plötzlich auf allen Devisenmärkten eine große Nachfrage nach Mark entfällt. Die Mark wird im Preise steigen. Denn bei der großen Nachfrage werden die Verkäufer — in der Hoffnung weiterer Kurssteigerungen — zurückhalten; die Finanzgruppe wird weiter eine Schar von Mittäufers nach sich ziehen, welche (durch die steigende Tendenz verlockt) gleichfalls kaufen werden, und um so rascher wird die Mark steigen. Wäre es dann möglich, die Mark über ihren heutigen Stand weit hinauszutreiben, so daß sie überbewertet wäre, so wie sie heute unterwertet ist? Die Reichsbank besitzt doch große Beträge ausländischer Devisen, sie könnte sich durch Finanzoperationen noch eine weit breitere spekulative Angriffsbasis schaffen — könnte sie nicht durch energische Spekulation die Mark über das Kaufkraftpari steigern und so der Währungsfrage eine für lange Zeit heilzamere Lehre erteilen? Und warum tut sie das nicht?

Die Antwort auf diese Frage ist einfach: die Kursbewegung der Mark ist nicht eine isolierte wirtschaftliche Erscheinung, sondern hat sofort Wirkungen auf den Warenmarkt. Eine Kurssteigerung der Mark bedeutet eine Verteuerung

der deutschen Produkte für das Ausland und umgekehrt eine Verbilligung der ausländischen Produkte für Deutschland. Es werden also nicht nur die deutschen Exporte gehemmt werden, sondern es werden bei einer Aussteigerung der Welt auch die Importe aus dem Ausland wachsen. Nun ist heute der Markt noch immer für ausländische Rohstoffe und Nahrungsmittel bei sinkenden Preisen ausnahmefähig. Der Hunger nach Nahrungsmitteln wird also automatisch das Steigen des Marktkurses über die Kaufkraftparität hindern. Es ist noch nicht möglich, daß die Welt im Ausland mehr kauft als im Inland — wie ersichtlich, eine Folge der Warenmarktfrage —, daran kann die stärkste Spekulation nichts ändern.

Sineggen umgekehrt: die Welt kauft im Ausland weniger, als ihrer Kaufkraft in Deutschland entsprechen würde; es müßte ein großer Export deutscher Waren einziehen, welcher eine große Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln hervorruft und so den Kurs bis zur Kaufkraftparität hebt. Aber über solche Waren hat eben Deutschland in der erforderlichen Menge seit Kriegsende nie verfügt, und auch die heute das sich das noch nicht geändert. Denn noch immer wirkt die Lähmung der Produktionskräfte infolge des Krieges und des Zusammenbruchs nach. Zur Ausgleichung des Passivsaldoes waren also nur zwei Wege offen: entweder müßten sich im Ausland Leute finden, welche deutsche Kapitalgüter (Aktien, Kuxe, Häuser usw.) erwerben wollten, oder es müßten sich Leute finden, welche sich bereit erklärten, das deutsche Geld in Zahlung zu nehmen. (Von Aktien habe ich in diesem Zusammenhang ab.) Der Verkauf von Aktien usw. hätte natürlich das Übergewicht der Kaufkraft haben und drüben ebenbürtig herstellen können als der Warenexport. Aber erstens meinte man sich in Deutschland selbst gegen solche Kapitalimporte, und außerdem hätte das Ausland gewisse innere Hemmungen, deutsche Werte zu erwerben, weil es die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland nicht für sicher erachtete, vor dem „Rassismus“, d. h. einschüchternde Untergang sich fürchtete. (In diesem Zusammenhang ist es nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, wie sehr die phantastischen Schauermärchen von bevorstehenden bolschewistischen Revolutionen verderblich auf den Stand der deutschen Währung einwirkten.)

Zum Ausgleich der Bilanz blieb daher — wenn Exporte, Archive und Kapitalverkauf nicht hinreichten — nichts übrig als das Ausbleiben deutscher Reize — ein letzter, sehr primitiver Behebel, der leider vielfach in großem Umfang angewendet wurde. Durch den Import mit deutschen Zahlungsmitteln beglichen, so wurden diese, entsprechend dem darin tatsächlich gegebenen oder angenommenen Risiko, nur zu sehr niedrigen Kurse akzeptiert. Wird doch natürlich vom Ausländer die deutsche Mark, welche er in Zahlung nehmen muß, nicht mit der heute in ihr liegenden Kaufkraft, sondern unter Berücksichtigung all des Risikos bewertet, das in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft unzweifelhaft beschlossen ist und das sich besonders gegenwärtig kaum übersehen läßt angesichts der großen Störungen, welche die Lösungen des Reparationsproblems jedenfalls für die deutsche Wirtschaft bringen muß.

Die Abrechnung mit den Kommunisten.

Berlin, 15. April. Der preussische Landtag lehnte die gestrige Besprechung der Unruhen in Mitteldeutschland fort. Minister Severing führte aus, daß der Einmarsch von Reichswehr nicht erforderlich gewesen sei. In der Aufhebung der Schulpolizei begegneten sich die Deutschnationalen und die Kommunisten. Die gestrige Rede Gröls sei eine Zusammenfassung von Unwahrheiten und Lügen. (Wärm rechts!) Er habe sich nicht grundsätzlich gegen die Heranziehung der Reichswehr gegen die Verbrecher gewandt. (Wärm bei den Kommunisten.) Die Kommunisten hätten die Attentate und den Zustand vorbereitet. Unter Volk könne nur vorwärts kommen auf dem Wege der Demokratie. Von dieser würde sich die Regierung wieder durch die Vorstöße von links nach rechts abbringen lassen. (Rechter Beifall.) Eine Reihe kommunistischer Redner brachte darauf das Verbot der „Raten Jahre“ und die Erziehung Sühls zur Sprache, der ermordet worden sei, wobei sich Wärmgenen entwickelten, so daß die Sitzung unter-

brochen werden mußte. Der kommunistische Fraktion behauptete, deutsche Behörden hätten sich dazu hergegeben, die Entente zum Einschreiten gegen das Proletariat in Moskau zu verleiten. Während dieser Rede verließen sämtliche Parteien außer den Kommunisten den Saal. In der weiteren Besprechung verlangte ein Zentrumredner, daß auf die Entente eingewirkt werde, doch eine härtere Bewaffnung der Schulpolizei zuzulassen. Abg. Vinternell (Dt. Vp.) forderte, daß schließlich ein Abkommen zur gegenseitigen Polizeihilfe zwischen den Bundesstaaten getroffen werde, und verlangt eine Untersuchung der Gründe, aus denen die Reichswehr nicht eingesetzt worden sei, sowie restlose Durchführung der Entlassung im Ruhrgebiet und schärfste Überwachung der Ausländer, die die Arbeiter verhetzen hätten. Abg. Schreiber (Dem.) wandte sich gegen die Angriffe auf die Reichswehr, der man ihre Verbleibe beim Rapp-Putsch (III) nicht vergessen dürfe. Die Wetterberatung wurde auf morgen mittag vertagt. Im preussischen Landtag haben die Kommunisten einen Antrag auf Abkündigung der Haltung der Regierung während des letzten Kommunistaufstiegs eingebracht. Da sie aber nicht die nötigen 30 Unterschriften haben, haben sie die unabhängige Fraktion um Unterstützung erlucht. Laut „Recht“ hat die Fraktion dieses Verlangen mit folgender Begründung abgelehnt: Unsere Fraktion ist nicht in der Lage in der gegenwärtigen Situation der R. A. P. D. eine irgendwie geartete Unterstützung, und sei es auch nur durch Hergabe von Unterschriften, zu gewähren.

Die Bauernaufstände in der Ukraine und in Zentralrussland.

D. E. Die Aufstandsbewegung in der gesamten Sowjet- Ukraine dauert an. Sowjetamtliche Berichte melden wieder entscheidende Erfolge über die Abteilungen Wachsow; die Bewegung Wachsow wird darin als erledigt bezeichnet, Wachsow selbst sei verwundet und flüchtig. Gewisse Erfolge scheinen die Sowjettruppen auch im nördlichen und westlichen Teil des Kiener Gouvernements davongetragen zu haben. Im Kreile Woskrow haben sie (Schonungslos mit den Aufständischen abgerechnet. Dagegen dauert in demselben Gouvernement die Kampftätigkeit des von der Sowjetpresse fälschlich als gemeldeten Kommandos Strul fort, der in einem Erlasse sämtliche ukrainischen Soldaten und Offiziere, die sich in der roten Armee befinden oder sich auf dem Wege vor der Rekrutierung durch die Sowjetbehörden verbergen, unter Androhung der Todesstrafe aufgefordert hat, sich seinen Abteilungen anzuschließen. In der Gegend von Katalin mußten die roten Truppen vor den Abteilungen Doroschenko weichen; hier werden Zwangsrekrutierungen vom Kommando der Aufständischen vorgenommen. In Woschnien und Podelien ist ein zentrales Aufstandskomitee für die genannten Provinzen tätig, das in seinen Rundgebungen den Kampf bis zum Ende und den bevorstehenden Vormarsch auf Moskau ankündigt. In einem Aufrufe fordert das Komitee die jüdische Bevölkerung der Ukraine auf, sich der Aufstandsbewegung anzuschließen, und versichert sie seiner Sympathie, da die Juden ebenso wie die christliche Bevölkerung von den Kommunisten zu leiden haben. Auch im Raume von Esmira, Rasselnaja, Kohnja und Nirsula bis nahe von Odessa macht die Aufstandsbewegung Fortschritte. Bei Charkow haben die Aufständischen die Verbindung nach Warben mit den Abteilungen Antonows hergestellt, der, wie gemeldet, in den benachbarten großrussischen Gouvernements Kursk, Woronesch und Tambow operiert und durch seinen Vormarsch nach Süden die rechte Flanke der Sowjettruppen in eine gefährliche Lage gebracht hat. In der Gegend von Rosowaja hat das Eintreffen der Antokow-Abteilungen die Kampftätigkeit der Aufständischen verstärkt ausleben lassen.

Die Ausführung des Rigaer Friedensvertrages.

D. E. Da die fristmäßige Ratifikation des Rigaer Friedensvertrages von polnischer und russischer Seite keinem Zweifel unterliegt, werden alle Vorbereitungen zu dessen Durchführung getroffen, die bei ungehörtem Verlaufe bis zu fünf Jahren in Anspruch nehmen müßten. Um die Tätigkeit der polnischen Vertreter in den fünf im Friedensvertrage

vorgezeichneten gemischten Kommissionen, die ihren Sitz teils in Warschau, teils in Moskau und Winsk haben werden, zu leiten, wird polnischseits ein ständiger Ausschuss beim Außenministerium gebildet, dessen Vorsitz Dombski angeboten worden ist. Demnächst fährt eine polnische Delegation nach Moskau, und es wird das Eintreffen einer Sowjetdelegation in Warschau erwartet. Nach Ratifikation des Rigaer Friedensvertrages am 14. d. Mts. durch den Sejm, findet am 18. d. Mts. der Austausch der Ratifikationsurkunden in Winsk statt.

Sowjetrußland gegen die Vereinigung Litauens mit Polen.

D. E. In der Presse der baltischen Länder hatten die anhaltenden Berichte über dem Abschluß eines russisch-polnischen Geheimvertrages lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Danach sollte Polen sich verpflichtet haben, die baltischen Staaten im Falle eines Angriffes seitens Rußlands nicht zu schützen, und dafür von Rußland freie Hand in Litauen erhalten haben. Nachdem diese Nachrichten bereits polnischseits dementiert worden waren, läßt nunmehr auch Litauen in offiziell erklärten, daß mit keinem Staate Verträge irgendwelcher Art, die gegen Lettland oder Litauen gerichtet wären, geschlossen worden seien; Rußland habe sich für den Fall einer Vereinigung Litauens mit Polen nicht zur Neutralität verpflichtet.

Der ukrainische Habsburger.

D. E. Der Lemberger „Wpered“ meldet die Erstarkung der Propaganda, die in Ostgalizien von den Anhängern des Erzherzogs Wilhelm von Habsburg („Wassil Woschnjan“) betrieben wird. Der Erzherzog wird von gewissen Kreisen als Kandidat für den ukrainischen Königsthron aufgestellt. Es werden z. B. aus Rumänien große Mengen von Streichholzschachteln nach Ostgalizien eingeführt, die das Bildnis des Erzherzogs mit seiner Bezeichnung als König der Ukraine tragen.

Die Vergebung russischer Konzessionen an das Ausland.

D. E. Es ist ein besonderes Komitee gebildet worden, das einen allgemeinen Plan für die an das Ausland zu vergebenden Konzessionen sowie alle darauf bezüglichen Gesetze ausarbeiten und die Verhandlungen mit den Kontrahenten führen soll. Ferner soll das Komitee die Angebote prüfen und die Durchführung der Verträge überwachen. Zum Vorsitzenden des Komitees ist das Mitglied des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrates Komow ernannt worden.

Die Neuordnung des russischen Genossenschaftswesens.

D. E. Die mit der Ausarbeitung des Naturalsteuer-Dekrets betraute Kommission des Rates der Volkskommissare hat u. a. folgende Richtlinien für die Regelung des Genossenschaftswesens aufgestellt. Die hausindustriellen und landwirtschaftlichen Genossenschaften sollen von den Konsumgenossenschaften getrennt werden; der Beitritt zu den hausindustriellen und landwirtschaftlichen Genossenschaften soll freiwillig sein, während jeder Bürger verpflichtet sein soll, Mitglied der örtlichen Konsumgenossenschaft zu werden. Ueber die Konsumgenossenschaften soll mittels des Verpflegungskommissariats eine Staatskontrolle ausgeübt werden. Die Moskauer „Pravda“ betont die unpolitische Rolle der russischen Genossenschaften, hebt jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit ihrer Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei hervor.

Die spanischen Sozialisten gegen die dritte Internationale.

Madrid, 14. April. Der sozialistische Parteitag lehnte mit 8008 gegen 6025 Stimmen den Anschluß an die Dritte Internationale ab.

Eine „deutsch-sozialistische Partei“.

Den Reaktionen aller Richtungen bereitet es den allergrößten Schmerz, daß die deutsche Arbeiterschaft trotz aller Not der Zeit an ihren sozialistischen Ideen festhält. Sie wissen, daß alle ihre Bemühungen, das deutsche Volk in das alte Joch zurückzubringen, an dem geschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft scheitern. Weil es ihnen aber so prächtig gelungen ist, das deutsche Bürgertum durch die Hege gegen die Republik und die neuen Staatsmänner und nicht zuletzt auch durch eine mit reichen Mitteln unternommene Hege gegen die Juden zu zerpalten und einen Teil ins deutsch-nationale Lager zurückzuführen, glauben sie, daß diese Schlagwörter bei der Arbeiterschaft denselben Erfolg haben müssen, wenn man sie nur in entsprechender Weise und ausdauernd genug zur Anwendung bringt. Seit einiger Zeit wird die Arbeiterschaft systematisch mit zehntausenden von Flugblättern überhäuft, in denen sie gegen das jüdische Kapital und gegen die angeblich ausschließlich jüdischen Führer der Sozialdemokratie aufgehetzt werden. Immer wieder wird in diesen Flugblättern der Nachweis zu erbringen versucht, daß alle Uebel der Welt, alle Not, unter der die Arbeiterschaft heute leidet, einzig und ganz allein auf die Juden zurückzuführen seien. Man ist in deutsch-völkischen Kreisen in dieser Beziehung so entgegenkommend, daß man sogar den Sozialismus der Arbeiter in den Kauf nehmen will, wenn diese nur ihre „jüdischen Führer“ abschütteln, wenn sie nur die antisemitische Hege recht kräftig mitmachen wollen. Gelingt es, — so funktionieren die überaus feinen Politiker von der geschlossenen Front der Arbeiter auch nur ein Grüppchen abzuspalteln, das antisemitischen, deutsch-völkischen und schließlich auch nationalistischen Ideen zugänglich ist, dann hat die Reaktion bald gewonnenes Spiel, dann kann man damit beginnen, den politischen Einfluß, das „Régime“

der Arbeiterschaft, das den Anhängern des alten Systems so schwer im Magen liegt, endgültig zu beseitigen.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat man mit den ungeheuren Geldmitteln, die heute jeder nationalsozialistischen Bewegung aus wohlbestimmten Quellen zur Verfügung stehen, eine „deutsch-sozialistische Partei“ ins Leben gerufen. In kleinen Versammlungen sucht man hier und da Arbeiter für diese neue Partei zu gewinnen. Wo mit Geld nicht gespart wird, gelingt es schließlich auch, angebliche Arbeiter als Wandredner anzuwerben. So treten in Berlin seit einiger Zeit zwei aus Nürnberg stammende „Arbeiter“ auf, die in sozialistisch klingenden, aber zugleich immer scharf antisemitisch gefärbten Hejreden der Sozialdemokratie und ihren „jüdischen“ Führern zu Leibe gehen wollen. Da ist zunächst ein gewisser Bressel, der von sich behauptet, Sozialdemokrat gewesen zu sein, und der jetzt in den Versammlungen der sogenannten Deutschsozialisten Hejreden gegen Sozialdemokratie und Judentum hält. Ein anderer, namens Gach, wird als Arbeiterführer (I) ausgegeben und behauptet, in Nürnberg bei der R. A. P. D. eine leitende Rolle gespielt zu haben. Beide behaupten, zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß die Sozialdemokratie als Judenpartei die Interessen der Arbeiter nicht vertreten könne. Die Reden der beiden Agitatoren, zu denen sich als dritter noch ein gewisser Chumal stellt, bestehen in der Hauptache aus wüsten antisemitischen Schimpereien, deren Inhalt für einen deutschen Arbeiter kaum zu durchschauen ist. Um aber auf einmal Arbeiter Gendarm zu machen, wird nebenher auch kräftig auf den Kapitalismus, natürlich nur gegen den jüdischen, zu Werke gegangen. In den „Richtlinien“ der neuen Partei wird u. a. die Sozialisierung der Reichsbank und der übrigen Banken sowie auch der Wärfel und des Geldwesens gefordert. In dem Texten wird Anspruch auf Eigentum verprochen, und mit der Abschaffung des Jutes verheißt man dem Arbeiter das Ende des Kapital-

istischen Systems. Im Uebrigen enthalten die Richtlinien neben vielem volkswirtschaftlichen Unsinn allerlei Entfaltungen aus sozialdemokratischen und antisemitischen Programmen bunt durcheinander gemischt.

Mit Recht hat man den Antisemitismus schon vor Jahren den „Sozialismus des dummen Kerls“ genannt, und man kann sich kaum ein prächtigeres Bild dieser Art des Sozialismus denken, als die erwähnten Richtlinien und die Reden der Deutschsozialisten Chumal (Abtrünniger ein echt deutscher Name!), Bressel und Gach. Es kann nur als eine Folge der durch die Parteilagerpolitik in die Arbeiterschaft hineingetragenen Verwirrung angesehen werden, daß überhaupt der Plan gefaßt werden konnte, Arbeitern dergleichen zu bieten und sie mit solchem Unsinn monatelang zu machen. Die bezahlten Agitatoren dieser Leute sind auch wieder ein Beweis dafür, wie der Radikalismus von links nur der Reaktion von rechts in die Hände arbeitet. So wenig zu befürchten ist, daß die sozialistisch geschulten Massen diesen Hejrednern auf den Leim gehen, so sehr besteht die Möglichkeit, daß Elemente aus gewissen halb- und unterproletarischen Kreisen sich für die Zwecke der Judenhege mißbrauchen lassen. Das ist es im Grunde genommen auch nur, was diese „Deutschsozialistische“ Schwindelgründung erreichen will. Je mehr das Proletariat zerstückelt und an seinen Führern irre gemacht wird, desto höher steigen die Aktien der deutsch-völkischen Reaktion. Die Sozialdemokratie, die niemals vor dem jüdischen Kapitalismus Halt gemacht hat und die Volksausbeutung bekämpft, wo sie sie trifft, wird durch die antisemitische Arbeiterverheerung gewiß keinen Abbruch erleiden. Aber sie wird es trotzdem als ihre Pflicht betrachten, alle Arbeiter vor jenen Agitatoren zu warnen, die mit erborgten und umgefälschten sozialistischen Phrasen das reaktionär-antisemitische Geschäft wieder zur Blüte bringen möchten.

Die Wohnungsfrage.

Zwangsbewirtschaftung und Mittelbeschaffung für Neubauten.

In der Freitag-Sitzung des Volkstages nahm nach den Reden der bürgerlichen Parteien Senator Grünhagen das Wort. Er ging auf die Stellungnahme dieser Fraktionen sowie auf das Wohnungsproblem im allgemeinen ausführlich ein. Da seine Ausführungen schon deswegen allgemeines Interesse beanspruchen dürften und auch bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Wohnungsfrage bereits an und für sich Beachtung verdienen, so geben wir nachstehend die wesentlichen Stellen seiner Rede wieder. Senator Grünhagen führte aus:

Abgeordneter Räder hat erklärt, daß die deutsch-nationale Fraktion für die Befreiung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen sei. Eine Befreiung der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen würde zur Folge haben, daß die Mietpreise ganz erheblich vergrößert werden und keineswegs gemindert. Alle, die sich mit diesem Problem beschäftigt haben, haben erklärt, daß Wohnungen aus eigenen Mitteln nicht gebaut werden können. Wenn nun aber die Mieten eine solche Steigerung annehmen sollten, und das wurde der Fall sein durch die Befreiung der Zwangsbewirtschaft, daß sie den Wohnungsbau rentabel machen, so würde das eine Vermehrung der heutigen Mieten sein. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß mir schriftlich Einspruch erhoben haben.

gegen die Befreiung der Zwangsbewirtschaft der Läden.

jedoch nicht etwa aus dem Grunde, weil Ladeninhaber oder Inhaber von Bureaus an und für sich eine höhere Miete nicht zahlen könnten, sondern, weil die Freigabe der Läden eine Zerschlagung der Zwangsbewirtschaft der Wohnungen war und zur Folge haben würde, daß sich die Freigabe nach und nach auch auf die Wohnungen erstreckt. Daher waren wir dagegen und die hiermit verhängte Folge ist, daß die Grund- und Bodenpreise ganz gewaltig in die Höhe schnellen. Sie werden Ihr blaues Wunder erleben, wenn es den Hausbesitzern gelingen würde, die Zwangsbewirtschaft der Wohnungsfrage noch mehr zu durchlöchern als bisher. Die Lösung der Wohnungsfrage ist eine Finanzfrage, ohne Geldmittel ist die Wohnungsfrage nicht zu lösen. Darüber herrscht allgemeine Einmütigkeit. Es handelt sich nur darum: Wie sind diese Geldmittel zu beschaffen. Wege sind genug gezeigt worden. Läden hat nicht gegeben, aber ich möchte dem Senat von dieser Stelle aus den Vorwurf machen, daß er die gewiesenen Wege nicht beschritten hat. Erst heute ist angekündigt worden, daß nun in der nächsten Zeit mit der Sache Ernst gemacht werden soll. Im vorigen Jahre hat der Volkstag einen Siedlungsausschuß eingesetzt mit der Aufgabe, die Frage zu prüfen, wie das Wohnungsgeld beschaffen werden kann. Wir haben eine ganze Reihe von Sitzungen gehabt, haben Anträge aufgestellt, und Verschlüsse zu machen. Es sind solche eingegangen von Professor Kloeppel, von Professor Dr. Petersen, Professor Dr. Jönge, Professor Fischer, von Professor Perent. Wir kamen schließlich zu dem Ergebnis, daß große Geldmittel erforderlich sind, um das Wohnungsgeld zu beschaffen. Im vorigen Jahre hat die Stadt Danzig 20 Millionen zur Verfügung gestellt, und als wir in einer Sitzung des Siedlungsausschusses dem Herrn Senator Polmann um einen Vorschlag hatten, stellten wir natürlich auch die Frage, wieviel er wohl zu beschaffen gedachte. Da nannte er uns erst die Summe von 3 Millionen, späterhin 6 Millionen. Heute werden vorstellshalber überhaupt keine Ziffern genannt, obwohl uns eine Vorlage vorliegt, wonach eine 200 Millionen-Anleihe aufgenommen werden soll. Wieviel für den Wohnungsbau davon verwendet werden soll, ist bisher nicht bekannt geworden. Aber ich möchte das eine sagen.

mit geringen Mitteln ist hier nichts zu machen.

Es hält schwer, Mittel zu beschaffen, das will ich zugeben. Aber nach meinem Dafürhalten spielt sich in denjenigen Familien, die unter dieser Wohnungsnot leiden, um nur einen Fall meines Kollegen Brühl herauszugreifen — wo in einer kleinen Stube, und in einer kaum bewohnbaren Küche 13 Menschen hausen müssen —

eine Menge von Einzelbremen ab, die insgesamt genommen ein Trauma von ungeheurer Tragweite darstellen. Wer die Gefährlichkeit dieses Trauma, das sich hier abspielt, erkennt und nicht zur Zeit die richtigen Mittel in Anwendung bringt, der wird eines Tages auf einem bösen Schlaf erwachen. Mit den schärfsten Worten, die uns zu Gebote stehen, müssen wir auf den Senat einwirken, um ihn für diese Frage zu interessieren. Als im Siedlungsausschuß bekannt wurde, daß der Senat Summen von 3 und 6 Millionen genannt hatte, haben wir uns gefragt, was soll damit zu machen sein? Keutlich hat der Siedlungsausschuß der Stadt Danzig einen Beschluß gefaßt, der darauf hinauslief, den Senat zu ersuchen, einen weit höheren Betrag für diesen Zweck auszuwerfen und zur Verfügung zu stellen. Senator Polmann und Senator Räder haben erklärt, die Wohnungsbewirtschaftung muß allgemeinen Interessen vorbehalten bleiben. Ja, gewiß, der Bedarf an Steuern ist ein großer und ich kann es verstehen, wenn der Finanzsenator jede Steuerquelle, die sich ihm eröffnet, für sich reklamieren will. Aber ich glaube, daß die Wohnungsfrage so dringend ist, daß diese Mittel, die hier eventuell verfügbar gemacht werden sollen, in erster Linie für die Wohnungsfrage bereitgestellt werden müssen.

Die Beschaffung der Mittel.

Es sind die verschiedensten Vorschläge gemacht, wie das Geld beschafft werden kann. Eine allgemeine Anleihe ist schließlich am bequemsten, aber es hätte sicherlich auch andere Wege gegeben, die der Senat leider nicht beschritten hat. Bei dieser Frage der Beschaffung der Mittel wurde auch der Vorschlag gemacht, den bestehenden Danziger Grundbesitz, die Häuser, als Pfandobjekte zu benutzen, um Geld aus Anleihemitteln bereitzustellen. Hierzu wäre allerdings notwendig gewesen, daß für die Beleihung der Häuser mit Hypotheken eine Verschuldungsgrenze festgelegt worden wäre. Wir haben dieses im Siedlungsausschuß ebenfalls angeregt. Der Senat ist leider nicht darauf eingegangen. Nun werden sich die Dinge so stellen, daß ein großer Teil der Danziger Gebäude schon weit über die gedachte Verschuldungsgrenze hinaus beliehen ist und daß es sehr fraglich ist, ob diese Häuser noch Hypotheken aufnehmen können. Hier muß erstotzt werden, da es sich um unveräußerlichen Wertzuwachs handelt, oder um einen nur vorübergehend in die Erscheinung tretenden Mehrwert. Daß dieser augenblickliche Mehrwert, den die Käufer haben, und der auf das Konto der Allgemeinheit fällt, auch der Allgemeinheit wieder nutzbar gemacht wird. Das geschieht jetzt nicht, sondern ein großer Teil der Werte, die im derzeitigen Grundbesitz vorhanden sind und die noch hätten flüssig gemacht werden können, sind jetzt einzelnen Menschen auf Kosten der Allgemeinheit zugeflossen. Nun ist uns allerdings in Aussicht gestellt worden, daß jetzt bald eine Vorlage kommen soll. Das muß schließlich geschehen, wenn nicht der Fall eintreten soll, daß es mit dem Bau in diesem Jahre wieder einmal zu spät wird. Dann ist weiter noch die Frage aufgeworfen.

Wie gebaut werden soll.

Auf die sogenannten kleinen Mittel, die zur Behebung der Wohnungsnot angewandt werden, will ich nicht eingehen. Aber in Bezug auf die Neubauten und wie gebaut werden soll, dazu möchte ich doch einiges sagen. Der Hg. Neubauer hat hier den Gedanken vertreten, ein Zimmer und Küche entsprechen den heutigen Bedürfnissen, und er hat sich dabei auf den Herrn Regierungsbaumeister Benz bezogen, der, wie ich behaupte, diesen Standpunkt vertritt. Wir Arbeiter haben bisher stets dafür gestritten, daß Wohnungen errichtet werden, in denen ein gesundes, sittlich gut erzogenes Geschlecht sich wohl fühlen kann. Und da frage ich, ist das möglich, wenn eine Familie mit erwachsenen Kindern in Stube und Küche gemeinsam hausen soll? Ich brauche nicht auszumalen, wie es in solchen Fällen aussieht, wo die Familie in Stube und Küche wohnt, wo sich die Kinder beiderlei Geschlechts in einem Raume aufhalten, am Lieben und schlafen und mit Vater und Mutter in einem Raume hausen sollen. Wer auf der einen Seite fragt, was wir unter grünen Wohnungen verstehen und dann für ein Zimmer und Küche plädiert, dem brauche ich es selbst nicht zu sagen, der zeigt selbst, was Geistes Kind er ist. (Zuruf links: sehr gut.) Des-

wegen trete ich dafür ein, daß wir nicht zulassen dürfen, daß wir nicht zu beschaffen können, sondern daß das, was wir schaffen, von Dauer ist, und daß die Menschen, die da hineinkommen, sich in ihrer Wohnung wohl fühlen. (Zuruf links: sehr richtig.)

Es wird hier so viel geredet vom Sparen, und ganz besonders von der ersten Seite dieses Hauses. Meine Ausgabe ohne Zedung. Da fühle ich mich doch verpflichtet, Ihnen einmal an ein paar Zahlen zu zeigen, wie man heute baut. Die Stadt Danzig beschäftigt heute allein 1950 Beamte und Angestellte, das sind auf je 100 Einwohner 1 Beamter, allein Verwaltungsbeamte. Nun rechnen Sie hierzu die Justizbehörde, die Polizeibehörde usw. und dann glaube ich nicht fehl zu gehen, wenn ich behaupte, daß 30 Frauen Männer und Kinder je einen Beamten unterhalten müssen. M. A. u. S. Das ist Unflug, dem muß geteuert werden. (Zuruf links: sehr richtig.) Ich beneide niemand um sein Brot, gönne es jedem, der es hat, aber diese Dinge können nicht so weiter gehen. Diese Ziffern, die richten den Kreislaut warunde. Denn wir müssen doch schließlich von der Kasse ausgeben, und es unmöglich zu lassen, daß auf 30 Einwohner in Danzig ein Beamter entfällt. Wenn Sie wollen, ist hier noch, ziemlich viel zu sparen, aber in der Wohnungsfrage darf man nach keinem Zuführlaffen nicht sparen, sondern man muß tun, was man kann, um dies Geld nicht zur Katastrophe werden zu lassen. (Zuruf links: Bravo!) Wenn wir den augenblicklichen Wohnungsbedarf befriedigen wollen, dann brauchen wir 10 000 Wohnungen. Nun denken Sie sich einmal, was wir leisten müssen, wenn wir den augenblicklichen Wohnungsbedarf befriedigen wollen. Dann brauchen wir sofort 10 000 Wohnungen. Das können wir nicht. Denn wir diese Zahlen durch 10 dividieren müssen wir jedes Jahr 1000 Wohnungen bauen, zehn Jahre hindurch und wenn wir nun gar nichts tun, dann vergleichen wir diese Ziffern, es wird schlimmer statt besser. Dabei ist natürlich nicht in Betracht gezogen, daß die Zahl derjenigen, die neue Wohnungen erfordern, neue Ehen, Leute, die zuwandern usw., noch garnicht einmal berücksichtigt. Aber wenn wir diese schmerzlichen Fragen erkannt haben und wissen von welcher Bedeutung sie sind, so ist es unverzeihlich, wenn der Senat nichts tun möchte, um dem Uebel, das sich hier eingestellt hat, abzuhelfen. (Lebhafter Bravo links.)

Danziger Nachrichten.

Arbeiterkassette und Danzig-polnische Zollgrenze.

Wir erhalten folgende Zuschrift, der wir um so lieber Raum gewähren, als sich die gemachten Ausführungen voll inhaltlich mit unserer Ansicht decken:

Von höchster Bedeutung für die Zukunft der Danziger Arbeiterkassette sind die Verhandlungen, die zurzeit abwechselnd in Danzig und Warschau um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Danzig und Polen geführt werden. Der Kampf um die Erhellung Danzigs flackert von neuem auf und ist diesmal von entscheidender Bedeutung. Die politische Verantwortung Danzigs an Polen ist glücklicherweise verhindert worden, darum versucht Polen nun, Danzig wirtschaftlich in seine Gewalt zu bekommen. Die polnische Forderung geht dahin, daß Danzig ein eigenes Zollgebiet habe, in das polnische Wirtschaftsgebiet anzuschließen.

Welchen Standpunkt muß zu dieser Frage nun der sozialdemokratische Arbeiter einnehmen, der sich frei weiß von nationalstischem Völkerei? Er wird dabei unberücksichtigt lassen müssen, daß die junge sozialistische Bewegung in Westpreußen, die unter schweren Mühen aufgebaut worden war, unter der Herrschaft des weißen Adlers in kurzer Zeit vernichtet worden ist. Lediglich wirtschaftliche Momente sollen die Entscheidung in dieser Frage beeinflussen. Welches sind die Vorteile, wie schwer wiegen die Nachteile? Vorteilhaft würde es für Danzig sein, wenn die Einfuhr durch Pab- und Zollschranken in Danzig käme; wenn das Hinterland, das landwirtschaftliches Ueberflutungsgebiet ist, wieder viel leichter in ungehinderten Warenverkehr mit der wirtschaftlichen und geistigen Metropole des Reiches treten könnte. Es würden zweifellos größere Mengen Nahrungsmittel nach Danzig kommen und dadurch die Lebensmittelpreise gesenkt werden. Schon der tiefe Stand der polnischen Valuta würde hier anreißend wirken.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

43) Seidel vermied das ihm abträgliche Hochdeutsch, als er fortfuhr: Nehmen Sie es mit sich, ich bin jetzt lange genug um Sie, ich, daß Sie das Zeug dazu hatten, so recht dazuzuhören, aber Sie erziehen sich über Kleinigkeiten. (Stille.)

„Das ist ein Fehler.“ fiel ihm der Pfarrer eifrig ins Wort. „Ein leidiger Temperamentsfehler, da haben Sie vollkommen recht, mein lieber Seidel! So ist mir so ein verblubberter Ausdruck herausgefallen, reut mich es, und bitte ich unsern Herrgott, daß er mir die Sünde vergeiht und schmeißt mich nicht zu wenig, mich allen alten Menschen über so einer Ungehörigkeit zu erlappen, wogegen ich Jahr aus und ein Panern gute Lehren gebe! Nun, Sie haben gesehen, das Vorhin war wegen der verhassten Pfeifen, das ist mein Schaden gewesen, den ich durch meine Fortmüßigkeit nur größer gemacht habe, daß ich mich über eine kleine und dadurch etwas einen fremden vergrößere, da werde ich mich hüten; überhaupt Gott-dienen und Freizeitspiele hüten mir mit. Doch vor! Ich muß auf dem Gegenstand sein, reden wir sich aus. Sie sind noch jung, Herr Kaplan, und können zusehen, und ich bin nie zu alt, mich zu klären zu lassen. Wenden wir sich aus. Wo nachher, meinen Sie denn, daß dasselbe Freizeitspiel am Ort wäre?“

Der Johann Hermann Klockner und die Helene Hinkelhofer haben das einmalige Autograph erwirkt und können in wenig Tagen über Geld und Kopf in den heiligen Ehestand treten.

„Woh!“

Nach dem Gemüts- und Geistes der Leute dürfte aber eine Entwürdung des Sakramentes dahinterstehen, die für die Gemeinde vom Ubelsten Beispiel sein könnte.“

Verstehe, verstehe Sie vollkommen, Herr Kaplan. Aber auf Dürfen und Können können und dürfen wir nichts gehen. Wo sie Würden, in Schwach zu greifen, da halten Sie als reinlicher Mensch die Hände davon. Alles Gerede und Gemurre hat nicht Heller Wert für mich, erst wenn sich dessen volle Wahrheit im Bewußtsein erweisen sollte, tritt die Frage an mich heran, wie wohl das rät-

dige Schaf am heilamsten zu behandeln wäre, ob ich den Stab Wehe oder den Stab Sanft aus dem Winkel langen soll und bitte, Herr Kaplan, bitte, sich eben auf das an meine Stelle zu versetzen. Was würden Sie tun? Würden Sie durch ein besonderes Veranlassen und wäre es auch nur durch ein Verbotniss in der Amtsstube, wo jedes hundert Herzreumt, das in der Nähe weilt, würden Sie durch so was Vergessen, die schon unter das Weichsel genommen sind, den Fruten zu vermerken geben? Wollen Sie die Gefährten statt sie aufzuwecken, lieber niederdrücken und die andern darüber wegschleichen lassen und in ihrer Schandenfreude und Hochmütigkeit bestärken? Wollen Sie einem Geschöpf, das die Unauferkeit, in der es bisher gelebt hat mit einmal tane wird und sich rechten Weges befinnt und voll Angst und Verzweiflung auf selbsten hinstürzt, denselben verlegen und erschrecken? Wollen Sie das? Er machte dabei mit dem Pfeifentohre einen Ausfall gegen den jungen Meister und trat mit der Federpfeife dessen zweiten Knickpunkt.

Der Kaplan nickte, beide Hände vorstreckend, in dem Stuhle zusammen, als ob ihn der Stab niedergeworfen hätte. „Mein Gott, nein.“, sagte er.

„Ich denke selber, daß Ihnen dazu das Herz verlaget.“ fuhr der Pfarrer fort. „Schauen Sie, Kaplan, vom Kohl scheuchen und Mähe in Stall treiben, es halt allerlei. Um von able Vorläge abzuschrecken mag schon laugen, einen rechten Arm zu schlagen, aber dem Geschöpfen gegenüber richtet man mit alle Himmelsheiligkeit aus und wenn einer da wirklich Reue bezeugt, so muß ich trachten, daß ich ihn bei gutem Mut und Willen erhalte! Die Leute sind nicht off in aller Hinsicht — will sagen — aus purer Dummheit. Bösheit liegt ihnen fern und dem bössten fragt selbst die irdische Gerechtigkeit nach. Nun mag es in dem Falle mit der Braut schlimm genug bestellt sein, aber den Umständen nach ist es auszumachen, daß das dem Prätigant verborgenen bleibt und der ist ein braver Burck und wenn der den Mantel der christlichen Nächstenliebe über den Schaden breitet, soll ich den nachher aufdecken? Soll ich die Fier, die sich gerade noch rechtlich bevor sie sich verloren gibt, auf Zucht und Ehrbarkeit zurückzuführen, hart ansetzen und machen, daß sie auch nur für einen Augenblick ihre guten Vorläge bereuen?“ Er reckte die Hand

empor und schüttelte mit den gespreizten Fingern. „Ah, nein, nein, mein lieber! Ich weiß zu gut, was so eine zurückgetretene Reue stiften kann, das ist wie bei einem Ausbruch und die Folge möchte ich mit auf mein Gewissen nehmen!“

„Ich ja auch mit.“, seufzte der Kaplan.

Und was Sie von einem ähnen Beispiel und Entwürdigung reden, trifft auch mit an. So ein lediges Zusammen- und Ausbeinanderlaufen findet mer leider Gottes, genug da herum in der Gegend und in dem liegt das ähne Beispiel, mit an denen, die den kirchlichen Segen ansuchen. Es kann auch von seiner Entwürdigung des Sakraments die Rede sein, denn dem der Ehe geht, wie wir wissen, das der Buße voraus, auf alle Fälle treten also beide Teile rein vor den Altar hin; in das Herz vermag ich keinen zu schauen, steht nach in irgend einem Fall ein Schwach vom Vorhergegangenen, oder nimmt eins die aufzuwerfende Pflicht mit ernst genug, so hat das jedes mit dem Herrgott allein auszumachen und dessen ist, wie geschrieben steht, das Gericht; wir sind nur seine Gnaden-Verwalter und die haben wir auszumachen, wie ich meine, nach der Vorschrift, nicht gelehrt und nicht überdacht.“

Der alte Herr hatte das Pfeifentohr an den Boden angelegt und wiegte mit den Armen, jetzt machte er einen heftigen Aufschrei, daß es sich bog. „Und“ sagte er: er schlug ägerlich die beiden Stühle gegeneinander, schlenkerte sie dann nach einer Ecke und bewegte die Lippen, da er sich aber nichts verlaute ließ, so mag es dahingestellt bleiben, ob er nicht etwa im stillen, ganz für sich, einen „verluderten Ausbruch“ gebrauchte.

Er warf die Hände über den Rücken, machte ein paar Schritte, rauperte sich und hob wieder an: „Ja, mein lieber Herr Seidel, Sie kennen halt die Menschen noch viel zu wenig, und gar erst die Rent, die Devil! Man nennt uns mit umsonst Seelenärzte, wenn auch neuzeit gesagt wird, Seele hätte der Mensch gar keine, das ist Wortkloster und Eitelkeitslehre; der Mensch hat so was wie eine Seele, das sag ich allen gelehrten Herren zu Trutz, ich, der ich jetzt meine guten dreißig Jahre dafür auf einer und der nämlichen Pfarre und alle meine Patienten vom ersten bis zum letzten, vom ersten bis zum jüngsten genau kenne!“

(Fortsetzung folgt.)

Kann die Danziger Verfassung als genehmigt gelten?

Der im Volksrat und in den bürgerlichen Zeitungen geführte Streit über die Frage, ob und in welchen Teilen die Danziger Verfassung die im Friedensvertrage vorgeschriebene Genehmigung des Völkerbundes gefunden habe, zwingt zu einer eingehenden sachlichen Prüfung der Rechtslage. Das ist an dieser Stelle um so notwendiger, als sich damit die von bürgerlicher Seite gegen die sozialdemokratische gerichteten Vorwürfe, daß sie ihre Zustimmung zur Verfassungsbildung nur aus Gründen der Opposition über des Prinzip der Abnahme, von selbst erledigen.

Bei der eingehenden Prüfung der Rechtslage darf zunächst nicht übersehen werden, daß schon Artikel 108 Abs. 1 des Friedensvertrages schließlich nur von einer Genehmigung der Danziger Verfassung durch den Völkerbund spricht. Daß diese Verfassung auch zum Teil genehmigt werden könnte, zu einem anderen Teile aber nicht, davon ist in dem Vertrage nicht die Rede. Selbst auf dem Gebiete des Privatrechts wird, wie § 128 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zeigt, wenn die Wirksamkeit eines Gesetzes von der Genehmigung eines Dritten abhängt, diese Genehmigung sich nur auf den ganzen Vertrag beziehen kann und daß die Genehmigung auch nur eines Teils ohne weiteres auf die Wirksamkeit des ganzen Vertrages in Frage stellt. Diese Begriffe müssen auf die viel strenger staatrechtlichen Verhältnisse in erhöhtem Maße angewandt werden, wenn ein anderer staatrechtlicher Akt, wie ihn z. B. der Friedensvertrag darstellt, nicht Abweichendes bestimmt. Eine solche Abweichung aber ist in dem staatrechtlichen Akt, den der Völkerbund am 15. November 1920 durch den Oberkommissar Strutt vornehmen ließ, nicht zu erkennen. Hierdurch wurde einzig und allein die freie Stadt als neues Staatswesen begründet und damit die in Art. 102 Abs. 1 des Friedensvertrages übernommene Verpflichtung erfüllt. In der Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung vom 15. November 1920, deren gedruckter Bericht den Abgeordneten leider noch immer nicht zugegangen ist, wurde vom stellvertretenden Oberkommissar Strutt mündlich noch besonders hervorgehoben, daß ihm eine Nachricht über die Genehmigung der Verfassung nicht zugegangen sei. Hieraus ergab sich nun die merkwürdige Lage, daß die Stadt Danzig zwar mit dem ihm nach Art. 100 des Friedensvertrages zugewiesenen Gebiet als freie Stadt begründet war, daß aber weder sie selbst unter dem Schutze des Völkerbundes noch ihre Verfassung unter dessen Garantie gestellt war, wie es die Art. 102 Abs. 2 und Art. 108 Abs. 1 des Friedensvertrages in Aussicht stellen. Die am 15. November 1920 durch den Oberkommissar Strutt erteilte deutsche Uebersetzung des Art. 102 des Friedensvertrages ist insofern ungenau und irreführend, weil sie durch die Worte: „sie tritt unter den Schutz des Völkerbundes“ den Anschein erweckt, als ob dieser Schutz die unmittelbare Rechtsfolge der Konstituierung ist, während der französische und englische Text durch die Wahl der zukünftigen Zeitform — sein und nicht ist — heutzutage will be und shall be und nicht is — deutlich zu erkennen gibt, daß ein von der Konstituierung der freien Stadt gesonderter Rechtsakt gemeint ist und in Aussicht gestellt wird. Um die hierdurch entstandene Lücke auszufüllen, hat der Oberkommissar noch am 15. November 1920 eine Verordnung des Inhalts erlassen, daß der erweiterte Staatsrat als vorläufige Regierung in Tätigkeit bleibt und seine Amtsgeschäfte nach den geltenden Bestimmungen solange fortführt, bis die Verfassung der freien Stadt durch den Rat des Völkerbundes genehmigt und in Kraft gesetzt ist, während die Verfassungsgebende Versammlung die gesetzgebende Körperschaft bilden sollte. In diesem Zustand ist durch den Beschluß des Völkerbundes vom 17. November nichts geändert worden. Derselbe wiederholt vielmehr, wie eine wortgetreue und sinngemäße Uebersetzung des französischen Textes ohne weiteres ergibt, lediglich die beiden in Art. 102 und 108 des Friedensvertrages enthaltenen Sätze, daß die freie Stadt Danzig mit dem Tage ihrer Konstituierung, also mit dem 15. November 1920, unter den Schutz des Völkerbundes und ihre Verfassung gleichzeitig, also ebenfalls mit dem 15. November 1920, unter die Garantie des Völkerbundes gesetzt werden wird, schließlich daß der Oberkommissar die Verfassungsgebende Versammlung dazu auffordern wird, ihre innerhalb einer Frist von 3 Wochen den in gewissen Punkten abgeänderten endgültigen Text als Verfassung zu überweisen. Solange also die Verfassung nicht in den Punkten, die der Beschluß des Völkerbundes ausdrücklich aufführte, geändert war, wurde ihr Text kein endgültiger. Erst wenn ein solcher vorlag, konnte sie vom Völkerbund genehmigt und gewährleistet werden. Da nur der Völkerbund die im Dezember 1920 vorgenommenen Änderungen nicht nur nicht genehmigt, sondern sogar weitere Änderungen gefordert hat, ist der Text der Danziger Verfassung zurzeit noch immer kein endgültiger und daher für eine Gewährleistung durch den Völkerbund überhaupt noch nicht fertiggestellt. Wenn der Staatsrat also in der Sonderausgabe des Danziger Staatsanzeigers vom 9. Dezember 1920, also 3 Tage nach dem am 6. Dezember 1920 stattgehabten Senatswahl, die Verfassung mit dem Datum vom 15./27. November 1920 in Kraft setzte, überschritt er die ihm durch die Verordnung des Oberkommissars vom 15. November 1920 verliehenen Befugnisse einer vorläufigen Regierung.

Aus dieser Sach- und Rechtslage ergibt sich als praktische Folge für die Gegenwart, daß der sogenannte Senat nur die Eigenschaften einer provisorischen Regierung hat und daß seine Verordnungen nur in diesem Rahmen Gültigkeit haben können. Man kann staatsrechtlich nicht bis zu der Annahme gehen, daß der erweiterte Staatsrat durch die erwähnte Verordnung des Oberkommissars gehindert gewesen wäre, freiwillig zurückzutreten, oder daß die gesetzgebende Versammlung als Vertreterin des souveränen Danziger Volkes nicht befugt gewesen wäre, sich eine andere vorläufige Regierung zu geben. Soweit aber ging ihre durch den Friedensvertrag eingeschränkte Souveränität nicht, daß sie eine durch die Verfassung gesicherte endgültige Regierung schaffen dürfte, solange diese Verfassung nicht vom Völkerbund genehmigt und gewährleistet war. Ferner hatte sie als Vertreterin des souveränen Volkes das Recht, sich durch Mehrheittsbeschluß aufzulösen, sobald sie die ihr durch die Verordnung des Oberkommissars vom 31. März 1920 gestellten Aufgaben als erledigt betrachtete. Wenn eine Partei der Linken einen solchen Antrag gestellt hat, tat dies wohl weniger mit Rücksicht auf den nicht in Kraft getretenen Art. 116 der Verfassung, als vielmehr aus der Ueberzeugung heraus, daß nach Erledigung der Aufgaben der Verfassungsgebenden Versammlung ein erneuter Ruf an die Wähler notwendig sei. Jedenfalls sind die Parteien der Linken sich darin stets treu geblieben, daß sie die Verfassung als noch nicht genehmigt ansehen. Dies wurde schon in der Sitzung des Verfassungsausschusses am 6. Dezember 1920 von einem Redner der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck gebracht und fand sogar die Zustimmung eines angesehenen älteren Juristen der bürgerlichen Parteien. Diese Ueberzeugung kam weiter am Nachmittage desselben Tages dadurch zum Ausdruck, daß die gesamten Linksparteien bei der Senatswahl den Wahl verließen. Wenn also die sozialdemokratische Fraktion dem Verlangen des Völkerbundes auf Einschränkung der Amtsdauer der hauptamtlichen Senatoren und nach Herstellung ihrer

volles parlamentarisches Verantwortlichkeit, wie sie in Art. 20 des Verfassungsentwurfs nur für die hauptamtlichen vorgesehen ist, ihre Zustimmung gibt, so ergibt sich diese Zustimmung unmittelbar ihrer sonstigen grundsätzlichen Stellungnahme zu diesen Fragen aus der durchaus klaren Rechtslage, daß die Verfassung bisher noch nicht endgültig vom Völkerbund genehmigt ist und daß diesem nach Lage der Dinge das Recht zu einem Abänderungsverlangen nicht abgetritten werden kann.

Streit der Dachbeder. Die Dachbedergerhellen sind heute früh in den Streik getreten. Bereits vor längerer Zeit hatten sie durch ihre Gewerkschaft Forderungen an die in einer Innung zusammengefügten Dachbedermeister gestellt. Die Verhandlungen wurden jedoch von den Dachbedern verweigert und die Arbeitnehmer schließlich auf den 14. April vertrieben. Nach Ablauf dieses Termins teilten die Arbeitgeber jedoch mit, daß sie in Anbetracht eines allgemeinen Streikverlangens (!) eine Erhöhung der bisherigen Löhne ablehnen. Um ihren berechtigten Forderungen, zur Durchführung zu verhelfen, haben die Dachbedergerhellen geschlossen die Arbeit niedergelegt. Im Streik stehen etwa 90 Kollegen. Die Danziger Arbeitererschaft wird um frische Solidarität ersucht.

Einwohner Danzigs!

Arbeiter! Angehörige! Beamte!

Seit 32 Jahren bekämpft die Arbeitererschaft aller Völker durch die Maidemonstration ihren unerschütterlichen Willen, die politische und wirtschaftliche Macht zu erobern. Größer und mächtiger werden die Demonstrationen von Jahr zu Jahr.

In diesem Jahre muß die werttätige Bevölkerung mächtiger denn je demonstrieren gegen die Versuche der kapitalistischen und imperialistischen Regierungen der Entente, Deutschland und Danzig zu versklaven. Schwere wirtschaftliche Fesseln legt man uns Danzigern an. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot werden immer größer, die Steuern immer drückender, immer schwerer die Kämpfe zur Verbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Alles dies sind die Folgen der imperialistischen Kriege- und Gewaltpolitik, die schon wieder drohend ihr Haupt erhebt.

Es gilt daher zu demonstrieren:

- Für Völkerverständigung und wahren Weltfrieden.
- Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.
- Für den internationalen 8-Stunden-Tag.
- Für internationale Arbeiter-solidarität.
- Für Arbeitsbeschaffung.
- Für Vereinfachung von Mitteln zum Wohnungsbau.
- Für gerechte Verteilung der Steuerlasten.
- Für den arbeitsschaffenden, völkerverbindenden Sozialismus.

Sammelpunkt für die Demonstration ist der Hansaplatz.

Von 2 Uhr an: Plakonzert. Von dort aus Umzug durch die Stadt.

Von 4 Uhr an, in den Lokalen Derra, Seeger, Steppuhn und Friedrichshain:

Großes Volksfest

unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Sängergruß“, „Brüder-Gesangsverein“, „Bäder-Gesangsverein“ und „Gangführer Männergesangsverein von 1891“.

Nun ans Werk!

Küßel zur Mäuserei!

Die Sozialdemokratische Partei Danzig.

J. A.: Finken.

Wegen der Ausgabe der Krankenmilkarten für Mai, Juni und Juli verweisen wir auf den Anzeigenteil.

Stadttheater Danzig. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vorstellung am Dienstag, den 12. April (letzte Doppelgastspiel Elise v. Catopol-Batteux und Hans Batteux-Berlin in „La Traviata“) bereits um 6 1/2 Uhr beginnt.

Das Leipziger Gewandhaus-Quartett, das für den ersten Abend des vom Danziger Ersteren-Verein Mitte nächster Woche veranstalteten zweitägigen Kammermusikfestes gewonnen ist, nimmt unter den bestehenden Quartettvereinigungen einen führenden Rang ein. Bereits im vorigen Jahre hatten wir Gelegenheit, die hohe Kunst dieses Ensembles zu bewundern. Das sehr gehaltvolle Programm bringt dieses Mal neben Werken von Mozart und Beethoven als interessante Neuheit den „Phantastischen Reigen“ des feinsinnigen Freiburger Liedichters Julius Weismann.

Frühlingsspekt der freien Turnerschaft. Die freie Turnerschaft hatte am Sonnabend ihre Mitglieder und Gäste zu einer Frühlingsspekt nach Café Derra eingeladen. Der Vorabend hobt begrüßte die zahlreich erschienenen und wies auf die Bedeutung der Selbstübungen hin. Nach den langen Wintermonaten, in denen das Turnen in die Hallen verbannt gewesen ist, will man jetzt den Bewegungsbetrieb hauptsächlich ins Freie verlegen und soll der Festabend der Abschluss der Winterarbeit sein. Das gut zusammengestellte Programm wurde flott abgewickelt. Die von zwei Turnern gezeigten Kampfstellungen hatten nicht die beabsichtigte Wirkung. Dessen wirkungsvoller wurden von sechs Turnern, die nur mit einer kurzen Pause beurlaubt waren, Freiübungen gezeigt. Derartig gezeigte Übungen sind ganz dazu angetan, die durch das Turnen hervorgerufene gute Wirkung zu demonstrieren. Daß der Verein der Jugend sein Hauptaugenmerk widmet, zeigten die gut durchgeführten Mädchen- und Jünglingsreigen. Besonders die Jünglinge legten, was besonders anerkannt werden muß, großen Wert auf exakte Ausführung der Übungen. Auch von der Frauenabteilung wurden am Vortage gute Leistungen gezeigt. Eine flott ausgeführte Fantastik bot den Turnern Gelegenheit, ihre Kunstfertigkeit am Reck zu beweisen, wobei auch die Zuschauerin der Zuschauer in Bewegung versetzten. Die „Mutter“ eines ziemlich ausgewachsenen „Säuglings“ erwies sich als geübter Turner. Nach der Aufführung sorgfältig eingetragener Gruppen trat der Tanz in seine Rechte. Der Verein kann mit Zufriedenheit auf diese Veranstaltung blicken.

M. O. Otto-Röhr-Abend. Vor einem recht zahlreich erschienenen Publikum erschien am Sonnabend im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses Otto Röhr zum zweiten Male und hatte wieder einen unbestreitbaren Erfolg. Der Künstler ist Kabarettier im guten Sinne. Er ist sich selbst bewußt und wird nicht mehr als Pantomime behandelt. Seine sympathische Tenorstimme weiß er ausgezeichnet dem — übrigens freilich von ihm beherrschten — Publikum anzupassen, und vom gesprochenen Wort geht nicht das geringste verloren. Eine gewinnende Art des Vortrags stellt sofort eine Brücke zum Zuhörer her, der durch die geschickte Anordnung und Abwechslung in der Vortragsfolge seinen Augenblick erndet. Ob

er Großmütigkeit bringt oder kleiner Zetteln über auch leicht erledigte Seiten auftritt, überall stellt die Art, wie er es macht. Das gab auch den Ausblick, der Gedanke, die man so aber vertieft schon lange kannte, denn Röhr darf es sich leisten, alle Gedichte aufzuspielen. Er ist einer, dem man gern noch ein paar Stunden zugehört hätte und dessen lachendes Vollmondgesicht schon den ganzen bühnenhellen Raum füllte, den er zu geben versteht. Als die wirklich lachen wollten, mögen ihn nicht veräumen, wenn er wiederkommt.

Fußballkranke um die Ballenmeistererschaft. Im Endspiel um die Meisterschaft des Baltischen Hafen- und Winterportverbandes im Fußball kämpften am gestrigen Sonntag der Verein für Bewegungsspiele Königsberg und der Turn- und Sportverein Preußen Danzig. Der Kampf war interessant und vielbesprochen. Preußen hatte drei Ersatzleute eingesetzt. Der Meisterschaftsspiel fällt nunmehr dem Stettiner Sportklub zu. Stettin gewann gegen Danzig 4:1, das Spiel Stettin gegen Königsberg endete 1:1. Stettin hat somit 3 Punkte, Königsberg 2 und Danzig 1 Punkt. Der Stettiner Sportklub wird nun als Vertreter des Ballenverbandes mit den Meistern der einzelnen Landesverbände um die deutsche Fußballmeisterschaft kämpfen.

Großer Werber. Beratungsstelle des Reichswahl-fahrtsamtes. In Verfolg der Erweiterung des Wahl-fahrtsamtes wird am Dienstag, den 19. April, die erste Beratungsstelle in Liegenhof im Reichshaus eröffnet, und zwar wird dieselbe um 10 Uhr für schwangere Frauen, um 12 Uhr für Jungen- und um 3 Uhr für Säuglinge abgehalten werden. In der Beratungsstelle wird in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Beziehung Rat erteilt und soweit wie möglich Hilfe gewährt werden. Eine ärztliche Behandlung findet nicht statt. In Zukunft findet die Beratung dann jeden 2. Dienstag statt.

S. P. D. Parteianmeldungen.

Der Parteivorstand findet heute abend 8 Uhr im Parteibureau, 4. Tamm 7 III, statt. Frauengruppe 1 Stunde früher.

Rechtskommission. Heute, Montag, abend 7 Uhr Sitzung in der Aula der Hülsschule, Heilige Geistgasse 111. Vollständiges Erscheinen ist notwendig.

Mittwoch, den 20. d. Mts., abend 8 1/2 Uhr in der Aula der Hülsschule, Heilige Geistgasse 111.

Vertrauensmännerversammlung.

1. Vortrag des Genossen Reel: Das neue Stenogramm.

2. Wichtige Parteianlagenheiten.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Oben. Mittwoch, den 20. April, abend 8 1/2 Uhr in der Othahn Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Reel: Der Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus. 2. Unsere Missionen. 3. Vereinsangelegenheiten. Vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist erforderlich.

Danziger Stadttheater.

„Hoffmanns Erzählungen“.

(Gastspiel Elise Catopol und Hans Batteux.)

Elise Catopol von der Berliner Staatsoper, die uns vor Wochen eine so ausgezeichnete Violetta vorgeföhrt hatte, erschien gestern in der Dreigestalt der Hoffmannschen Frauen, nachdem wir durch ihre plötzliche Erkrankung auf ihre berühmte Leonore im „Troubadour“ hatten verzichten müssen. Sei es nun, daß noch Spuren von der Erkrankung zurückgeblieben waren, oder daß die Partien ihre eigentliche Kraft nicht zur vollen Entfaltung kommen ließen, war die Sängerin nicht von früher her, konnte, mußte etwas entschäft sein. Natürlich blieb immer noch eine durchaus wertvolle und interessante Leistung, wie sich ja auch die großen Vorzüge dieser selten schönen, weichen und ausgezeichnet gebildeten Stimme nicht wegweisen ließen, aber über den Rahmen einer gewissen Solidität kam die Gattin eigentlich nicht recht hinaus; am innerlichsten und besten gelang ihr noch die Antonia, die ihrer Art auch am meisten liegt.

Weitaus geringer als sein letzter Manrico war der gestrige Hoffmann des zweiten Gastes Hans Batteux zu bewerten, legt man an seine Darbietungen den Maßstab, den ein Chormagist zu beanspruchen hat. Seine Stimme klang noch schwächer als das letzte Mal, dazu im Affekt recht mühsam und heftig, so daß von seinem Hoffmann eigentlich nur reine Freunde in Momenten gesendet wurde, ebenso wie von Fritz Bergmann an, der ihm aber dastellend weit überlegen ist.

Kapellmeister Dreßon leitete die Aufführung sicher aber doch im allgemeinen mit wenig Rebe für den bühnen Jacques-Offenbach.

Im übrigen vermag mir die Notwendigkeit dieses Gastspiels nicht einzuleuchten. Und so sehr das Bestreben der Direktion uns große Gäste vorzuführen, in Anbetracht der gegenwärtigen schwierigen Reiseverhältnisse, Anerkennung verdient, es gibt doch noch andere Größen, die uns die Kunstsergebnisse vermitteln könnten. Da ist z. B. F. Helebrunn in Berlin, die einen gewaltigen Fiesko singt, die herrliche Maria Zoglin in München, vielleicht die Sängerin, die wir heute haben, die ganz phänomenale Hoffmann-Orsini, oder Sänger wie Bohnen, vom Schlußmus oder Popsdorf, dessen Tannhäuser hier nicht geföhrt ist und der heute einen Hirtens Bedra singt. In keiner in Deutschland so leicht nachmacht. Sollte es nicht möglich sein, einmal einen von diesen Sängern hierher zu bekommen?

B. O.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 18. April 1921.

	gestern	heute	gestern	heute
Jawitzhof	—	—	Dirschau	2,30 + 2,40
Worffau	—	—	Einlage	1,08 + 2,46
Thorn	1,00	1,00	Schwienhorst	1,16 + 2,50
Forbon	0,92	0,90	Schönan O. P.	—
Culm	1,10	0,94	Salzberg O. P.	—
Graubenz	0,88	1,52	Neuhofsbüchel	—
Kurzbrach	1,57	1,97	Wollsdorf	—
Wollsdorf	1,02	0,88	Murawys	0,69 + 0,87
Wollsdorf	1,94	1,93		

Verantwortlich für Inhalt Dr. Wilhelm Böge, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Illustrate Herr O. Gwert in Elberfeld. Druck und Verlag von J. G. Schmidt & Co., Danzig.

Am Grabe einer Toten müssen unsere
Erachten alle Parteistimmen schweigen
Darin laden wir die Frauen Danzigs zu
einer

Trauerfeier

für die
verstorbene Kaiserin Auguste Viktoria
am Dienstag, den 19. d. M.,
abends 8 Uhr in der St. Marienkirche
beizuliegen.

Herr Geh. Konsistorialrat Dr. Katwilt
wird die Ansprache halten.

Deutscher Frauendienst Danzig

1. A. Maria Meyer

Der Kreisverband

evang. Frauenhilfe Danzig-Stadt

1. A. Frau Maria Strechian

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Krankenkassen für die Monate

Mar. Juni und Juli 1921 werden ausgegeben

1. für Danzig in der Stadtschule, Bahnhof-
straße 14.

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

2. für Heubude Hauptstelle für Kranken-
ernährung, Wiebenaerke Hölzel 2, rechts
partierte

3. für Reulshausen in der Zweigstelle Salzer-
straße

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

4. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

5. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

6. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

7. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

8. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

9. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

10. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

11. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

12. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

13. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

14. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

b) am Freitag, den 22. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben C-D

c) am Samstag, den 23. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben E-F

15. für Danzig und nicht aufgeführte Vororte,
Wiebenaerke, Hölzel 2, Eingang Pögen-
pfuhl, Hauptstelle für Krankenernährung,
hochpartierte rechts

a) am Donnerstag, den 21. 4. 21 von 7-11 Uhr
die Buchstaben A-B

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.

Besten u. Direktor Paul Bannmann.

Kunstl. Leitung: Dr. Sigmund Kunstadt.

Heute Montag, den 18. April

Anfang 7 Uhr Anfang

„Wenn Liebe erwacht“

Operette in 3 Akten.

Morgen Dienstag, den 19. April

„Der Vogelhändler“

Vorverkauf Endtag 10-4 Uhr nur

im Deuma-Haus Langgasse 69 statt.

Sonntag 9-2 Uhr in Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung:

Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parkett-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Hobelsbank

2 große Tische

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

haben, und für 10 Stühle

Danziger Orchesterverein

Am 21. und 22. April im Schützenhaus

Kammermusikfest

I. Abend 7 1/2 Uhr:

Das Gewandhaus-Quartett

II. Abend 7 Uhr:

Lotte Leonard (Sopran)

und das Leipziger Trio

Flügel: Blüthner, Magazin Richter & Co.

Der Kartenvorverkauf beginnt am Dienstag, den 12. April, bei
John & Rosenberg, Kohlenmarkt. Abonnements für beide Abende
18, 24, 30 Mk. Einzelkarten 5, 12, 16, 20 Mk. Mitglieder Ermäßigung.

Programme: Streichquartette von Mozart, Weismann (Phan-
tasie über den Regen), Beethoven (8-mal), Schubert, Klaviertrio
und Brahms, Klavierquintett. Lieder von Schubert und Wolf.



Fahrräder

Brennender, Wandler,
Drehstuhl u. amb. nur echt!
Orig.-Maschinen in bester
Ausstatt. u. groß. Auswahl
Mantel und Schläuche,
Kontinental, Goodyear,
Hamburg, Wien, etc.
Schnell u. zu Hause
billigen Preisen.

Radteile und Ersatzteile,
Ketten, Ped., Lenker usw.

Reparaturen
nachgem., schnell u. billig.

Radgroßhandlung
1. Damm 22-23 u. G.
Brettergasse. 1406

Schwangeren-Fürsorge

Kostenlose Beratung

für schwangere Frauen und Mädchen

Sendgrube 9/16.

Sprechzeit: Jeden Freitag von 5-7 Uhr nachm.

in besonders dringenden Fällen: wochentags

von 4-5 Uhr nachmittags bei dem Frauenarzt

Dr. Kownatzki, Langfuhr, Hauptstraße 48, 2 Et.

Jugendamt.

(3441)

Sämtliche Bände

der

Arbeiter- & Gesundheitsbibliothek

wieder vorrätig.

Buchhandlung „Volksmacht“

Im Spandhaus 8 und Paradiesgasse 22.

Ein Waggon Emaille

schwere westfälische Qualitätsware

ist soeben eingetroffen. Wir stellen diesen zu folgenden

äußerst billigen Preisen

zum Verkauf.

Besonders beachtenswert für Hotels, Restaurants, Cafés und Pensionate.

Emaille grau.

Fleischlöple	12.75, 11.—, 9.50, 7.50, 6.50
Essenträger	5.75, 1.75
Kinderbedier	2.85
Bratpfannen mit 2 Griffen	7.50, 6.50, 5.50
Stielpfannen	15.75, 16.75, 13.75, 10.50
Schüsseln, rund	14.50, 10.50, 9.75, 6.75, 6.—
Milchtöpfe ohne Ausguß	10.50, 8.75, 6.50
Milchtöpfe mit Ausguß	17.50, 16.—, 10.50
Schaumlöffel	7.50, 6.75, —.95
Aufgabelöffel	7.50
Leuchter	8.50
Seifennapf	8.50
Milchkannen	21.—, 15.75, 13.75, 9.50
Raffee Kannen	24.—, 21.—, 16.50, 10.75
Suppensiebe	19.75, 11.—
Durchschläge	17.50, 14.50, 11.75
Zwiebel- und Topflappenbehälter	12.50
Wasserbedier mit Konsole	13.50
Sand-Seife-Soda-Garnitur	15.50
Schmortöpfe mit Ring	32.—, 24.50, 19.75, 16.50

Emaille braun.

Stielkasserollen	15.50, 17.50, 13.50, 8.75
Fleischlöple	25.50, 23.50, 17.50, 13.50
Schmortöpfe mit Ring	30.—, 26.—, 21.50, 18.50
Wasserkessel	54.—, 48.—, 42.—, 36.50
Salatseier	32.—, 25.—, 13.50
Kartoffelkocher	58.50, 47.—

Emaille weiß.

Teller	6.75, 5.75, 5.—
Schaumlöffel	6.75, 5.75
Trinkbecher	9.50, 7.50, 6.50
Schüsseln, rund	15.—, 12.50, 10.75, 8.50, 6.75
Aufgabelöffel	8.75, 7.50
Milchtöpfe mit Ausguß	23.75, 16.50, 11.50
„ gebauch mit Ausguß	23.—, 16.—, 13.50
Rasseroile mit Stiel	25.—, 20.50, 11.50
Fleischlöple	42.—, 38.—, 26.50, 22.—
Zwiebelbehälter	22.—
Eimer	24.50
Waschschüssel mit Seifennapf	27.50
Wannen, oval	82.50, 70.—
Toiletteeimer	72.—, 65.—
Seifenschalen	7.50

Emaille neublau.